

– unterbleiben mittlerweile erforderliche Ersatz- und Sanierungsinvestitionen. Wir zehren mithin von der Substanz. Dem muss gegengesteuert werden. Allerdings bedarf es dazu einer soliden Gegenfinanzierung, die aber ungeklärt ist.

Ebenfalls wird berechtigterweise darauf verwiesen, dass Deutschland mehr für Bildung tun müsse. Dabei wird auch auf die bestehenden Schwachstellen verwiesen – insbesondere auf die Mängel bei der frühkindlichen Betreuung und auf die unzureichende Qualifizierung von Migrantenkindern. Zudem wird auf die gravierenden Defizite bei der beruflichen Weiterbildung verwiesen. In der Tat sind hier erhebliche Anstrengungen seitens des Staates erforderlich. Schon die demografische Entwicklung erfordert es, die nachwachsende Generation besser auszubilden und die fachlichen Fähigkeiten der Erwerbstätigen immer wieder an neue Anforderungen anzupassen. Eine weitere Option, um auf die Herausforde-

rungen zu reagieren, wird in dem Zukunftsmodell allerdings völlig ausgeblendet: die gesteuerte Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften aus dem Ausland.

Jede modellgestützte Zukunftsprojektion ist nur so gut, wie sie sich in finanzieller Hinsicht selbst trägt. Das tut das Zukunftsmodell der FES aber nicht. Denn trotz einer ermittelten höheren Wirtschaftsleistung steigt die Nettoneuverschuldung des Staates – und zwar nicht unerheblich. Das wird von den Autoren einfach hingenommen. Irgendwie erinnert das an die Programmdebatten der Sozialdemokratie in früheren Zeiten, als große Wunschzettel geschrieben wurden, Fragen der Finanzierung aber eher als lästige Nebenaspekte abgetan wurden. Die Schuldentürme der gegenwärtigen Wirtschaftskrise werden schon bald manche, auch diese Zukunftsträume erdrücken. Besonders zukunftsfruchtig ist deshalb das Zukunftsprogramm eher nicht.

*Sigmar Gabriel*

## Schlüssel ökologische Industriepolitik

*Das Projekt »Zukunft 2020« und die darin enthaltenen »Politikbündel« zeigen einen Weg auf, wie man selbst in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise nachhaltiges Wachstum erzielen und dadurch die Gesellschaft sozialer und gerechter ausgestalten könnte.*

### Sigmar Gabriel

(\* 1959) ist Mitherausgeber der NG/FH, Ministerpräsident des Landes Niedersachsen a.D. und seit November 2005 Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Bei Piper erschien 2008 sein vieldiskutiertes Buch *Links neu denken*.  
sigmar.gabriel@wk.bundestag.de



Zwischen dem FES-Projekt und dem Konzept der ökologischen Industriepolitik gibt es verschiedene Übereinstimmungen:

*Erstens: Fortschrittsidee und Zukunfts-*

*entwurf.* Beide Konzepte sind gekennzeichnet durch eine Fortschrittsidee und den Glauben an gesellschaftliche und wirtschaftliche Gestaltbarkeit. Mit ihrer Betonung von Langfristigkeit und Nachhaltigkeit denken sie über das politische Tagesgeschäft hinaus. Bei der Analyse und der Frage nach Lösungsstrategien machen die Konzepte aber nicht Halt, sondern geben mit konkreten Empfehlungen Ansatzpunkte für die praktische politische Umsetzung.

*Zweitens: Konjunkturpolitische Rolle der Umweltpolitik bei der Krisenbekämpfung.*

Eine aktive Umweltpolitik ist für die Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise unverzichtbar. Es sind nicht nur aktuelle Stichworte wie »Umweltprämie« (oder »Abwrackprämie«), die Förderung nachhaltiger Mobilität oder das Gebäudesanierungsprogramm, die wichtige Bestandteile der beiden Konjunkturpakete bilden. Die Auswirkungen der Finanzkrise haben auch deutlich gemacht, dass die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, wie aus ökologischer Sicht immer wieder gefordert, langfristig und nachhaltig gestaltet werden müssen.

*Drittens: Langfristiges und nachhaltiges Wachstum.* Fragen der Umweltzerstörung und Ressourcenknappheit können nur ökonomisch beantwortet werden. Die ökologische Frage, wie der Klimawandel, ist längst zu einer bestimmenden ökonomischen Frage und damit auch zu einer sozialen Frage ersten Ranges geworden. Umgekehrt verlangen die großen ökonomischen Herausforderungen – eine veränderte internationale Arbeitsteilung, neue Wettbewerber, wachsende Nachfrage, begrenzte Ressourcen, ansteigende Rohstoffpreise – ökologische Antworten. Es ist längst eine Selbstverständlichkeit, dass eine moderne Wirtschaftspolitik deshalb dreierlei zusammen denken muss: wirtschaftliches Wachstum, Nachhaltigkeit und soziale Sicherung. Nur aus der Verknüpfung »Arbeit und Umwelt« entspringt Wirtschaftswachstum und Beschäftigung.

*Viertens: Verbindung von Angebots- und Nachfrageseite.* Die Suche nach einem langfristigen und nachhaltigen Wachstumspfad darf nicht alten Dogmen folgen, sondern muss Angebot und Nachfrage gleichermaßen beachten. Die Umweltpolitik ist hierfür ein gutes Beispiel: Die energiepolitische Diskussion etwa konzentriert sich meist zu sehr auf die Angebotsseite und vernachlässigt dabei sträflich die riesigen Nachfragepotenziale. Das tangiert sicherlich die Frage der Bildung, gerade um einem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, aber auch den Bereich der Ausgestal-

tung von Umweltpolitik. Es ist an der Zeit, auch in der Umweltpolitik umzudenken. Die ökologische Industriepolitik greift dabei die wichtige Rolle und gestalterische Kraft von Bürgerinnen und Bürgern für einen umfassenden Strukturwandel auf.

*Fünftens: Produktivität und Verteilungsspielräume.* Die Preisentwicklung an den Rohstoffmärkten veranschaulicht den engen Zusammenhang zwischen Ressourcenschutz und Knappheit, auch wenn es derzeit etwas Entspannung an den Tankstellen gibt. Sobald die Wirtschaft wieder einen Aufschwung erfährt, sind die Probleme und steigende Rohstoffpreise erneut Bestandteil der täglichen Berichterstattung. Die Energiepreise kennen mittel- und langfristig nur eine Richtung: nach oben. Gerade in diesem Bereich existieren ebenfalls enorme Chancen für wirtschaftliches Wachstum, gesellschaftlichen Wohlstand und Spielräume für Beschäftigung und Löhne. Über 40 % der Kosten im Produzierenden Gewerbe in Deutschland sind heutzutage Materialkosten. Der Lohnkostenanteil liegt deutlich unter 25 %! Wir tun in der öffentlichen Debatte häufig so, als ob Löhne und Lohnnebenkosten, Beschäftigte und Sozialleistungen die einzigen Stellschrauben in dem globalen Preis- und Standortwettbewerb sind. In Wahrheit gibt es andere, größere Hebel, die Industrieproduktivität in Deutschland zu erhöhen: den Umgang mit Rohstoffen und Energie.

Der Diskurs zum Verhältnis von Umwelt und Wirtschaft ist zum Glück in den letzten Jahren vorangekommen: Ein Meilenstein der Debatte waren die Erkenntnisse des Reports von Sir Nicolas Stern, dass unterlassener Klimaschutz bis zu 20 % des jeweiligen Brutto sozialproduktes – auch in Deutschland – kosten könnte. Noch stehen die entsprechenden finanziellen Mittel zur Verfügung, um aktiv Klimaschutz zu betreiben und sich diesen auch leisten zu können. Nun kommt es darauf an, dieses finanzielle Potenzial auch zu nutzen. Für eine andere Studie hat Pavan Sukhdev, Leiter der Abtei-

lung »Globale Märkte« der *Deutschen Bank* in London, gerade im Auftrag des Bundesumweltministeriums berechnet, was der fortgesetzte Raubbau an der biologischen Vielfalt kosten könnte: Erste Zwischenergebnisse taxieren die globalen volkswirtschaftlichen Verluste auf über 6 % des Welt-Bruttosozialproduktes bis 2050. Diese Zahlen verdeutlichen: Es gibt dringenden Handlungsbedarf!

Die Zahlen sprechen aber übrigens auch für sich: Die Umweltwirtschaft ist – wie der erste BMU-Umweltwirtschaftsbericht verdeutlicht – gerade in Deutschland ein Wachstumstreiber: Mehr als 5 % der Industriegüterproduktion in Deutschland entfielen bereits 2007 auf Umweltschutzgüter. Deutschland ist beim Handel hiermit Weltspitze. Mit einem Anteil am Welthandel von über 16 % konnte Deutschland seinen Vorsprung zuletzt weiter ausbauen. Das entspricht einem Exportvolumen von 56 Milliarden Euro. Zum Vergleich: die USA folgen mit einem Welthandelsanteil

von 15, Japan mit 9 %. Diese Erfolgsgeschichte schlägt sich auch auf dem Arbeitsmarkt nieder: Die *green jobs* boomen. Fast 1,8 Millionen Menschen finden hierzulande in diesem Bereich einen Arbeitsplatz, mit weiter steigender Tendenz. Das sind bereits 4,5 % der Erwerbsbevölkerung. Schon im kommenden Jahrzehnt werden die Umwelttechnologien die Automobilindustrie überflügeln. Auch deutsche Unternehmen haben schon jetzt in einigen Bereichen Weltmarktanteile bis zu 30 % und sind Technologieführer, etwa bei den erneuerbaren Energien, der Abfallwirtschaft oder beim Immissionsschutz. Zudem ist Deutschland einer der weltweit führenden Forschungsstandorte für Umwelttechnologien. Dieser Vorsprung muss weiterhin garantiert werden, indem mehr Geld in erneuerbare Energien und Umwelttechnologien investiert wird!

Dass deutsche Unternehmen im internationalen Vergleich so gut aufgestellt sind, hat verschiedene Ursachen: eine große

Tradition im Maschinenbau, gut ausgebildete Facharbeiter und innovative Ingenieure, Faszination für Technik, und natürlich unsere Exportstärke. Es ist aber auch das Verdienst einer Umweltpolitik, die ambitionierte Standards gesetzt hat und damit oft zum internationalen Vorreiter wurde. Sie hat die Unternehmen für die Zukunft fit gemacht. Denn dies müssen wir uns immer vor Augen halten: Die neue Umweltpolitik ist Innovations-, Beschäftigungs-, Standort- und Investitionspolitik in einem!

Die Erkenntnis, dass Arbeit und Umwelt längst zusammengehören, dass eine gute Umwelt gute Arbeit schafft, muss auch weiterhin praktisch in Politik und Wirtschaft umgesetzt werden. Wir müssen gerade jetzt auf krisensichere und zukunfts-feste Beschäftigung setzen: Ökologische Industriepolitik sorgt für verstärkte Investitionen und Innovationen. Sie ist ein Schlüsselfaktor für umweltverträgliches Wirtschaftswachstum und letztlich für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

*Albrecht von Lucke*

## Mehr Mut zur Vision

*Das Zukunftsprojekt der FES formuliert große Ziele. Doch reichen sie aus und sind sie auch politikfähig? Wo sind die Mehrheiten und Akteure, die diese Ziele umzusetzen in der Lage wären? Eine profilierte Stimme der linken Publizistik nimmt dazu Stellung.*

»Wir leben inmitten einer Zeitenwende. Der Marktradikalismus ist in Deutschland und der Welt gescheitert. Gesellschaftliche Bedingungen verändern sich rasant. Deutschland ist stark und kann die Herausforderungen bestehen. Aber es braucht Zuversicht und den Mut zum gesellschaftlichen Fortschritt.« Mit diesen Worten umreißt die SPD-Partei-führung derzeit die dramatische Zäsur der Finanz- und Wirtschaftskrise. Es sind die einleitenden Zeilen der großen Veranstaltungsreihe »Das Neue Jahrzehnt«, mit der die Partei politisch-intellektuell wieder in die Vorhand kommen möchte.

Insofern trifft es sich gut, dass just zu diesem Zeitpunkt die Friedrich-Ebert-Stiftung, gewissermaßen der *Think Tank* der deutschen Sozialdemokratie, ihre Zwischenbilanz des zentralen Projekts »Zukunft 2020« präsentiert. Auf der anderen Seite hätte man sich einen schwierigeren Zeitpunkt kaum denken können. Während die ökonomisch und politisch Ver-



**Albrecht von Lucke**

(\* 1967) ist Redakteur der *Blätter für deutsche und internationale Politik* in Berlin. Soeben ist im Wagenbach Verlag sein neues Buch erschienen: *Die gefährdete Republik. Von Bonn nach Berlin: 1949-1989-2009.*

albrecht.vonlucke@blaetter.de

antwortlichen auf Sichtweite fahren und bei ihrem Krisenmanagement kaum über die nächste Woche hinaus planen, wagt die FES eine Prognose der politischen Handlungsmöglichkeiten bis zum Jahr 2020. Das angestrebte Ziel ist gewaltig: »So reich wie die USA, so sozial wie Schweden«, lautet das Motto. Klotzen nicht kleckern, ist ersichtlich die Devise.

Und hier bereits beginnt das Dilemma. Derweil die globale Finanz- und Wirtschaftskrise die Zukunftsfähigkeit der gesamten westlich-kapitalistischen Welt in Frage stellt, postuliert das FES-Projekt einen Fortschrittsbegriff, der sich primär